

Beschluss (gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, ÖDP/München-Liste und FDP BAYERNPARTEI):

1. Die mit Beschluss des Kommunalausschusses vom 07.11.2019 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16596) bis zum 31.12.2023 befristet genehmigte Jurist_innenstelle (1,0 VZÄ) für das Kommunalreferat, Abt. Recht und Verwaltung, Sachgebiet Grundsatz, Enteignung wird bis zum 31.12.2027 verlängert.
2. Die Verlängerung der Befristung der Stelle entspricht dem im Eckdatenbeschluss vom 26.07.2023 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 09452) abgestimmten und anerkannten Bedarf.
3. Das Kommunalreferat wird beauftragt, die Verlängerung der Befristung der Stelle beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Die Finanzierung der hierfür in den Jahren 2024 bis 2027 erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. 340.560 EUR erfolgt im Haushaltsjahr 2024 aus dem Referatsbudget. Für die Haushaltsjahre 2025 bis 2027 erfolgt die Finanzierung im Rahmen der regulären Haushaltsplanungen. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamt_innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von bis zu 40 % des Jahresmittelbetrages.
4. Das Kommunalreferat wird beauftragt, die für die lfd. Büroarbeitsplatzkosten befristet in den Jahren 2024 bis 2027 erforderlichen Auszahlungsmittel i. H. v. 3.200 EUR im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2025 ff. bei der Stadtkämmerei anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 34511300 erhöht sich ab dem Haushaltsjahr 2025 entsprechend. Die lfd. Büroarbeitsplatzkosten für das Jahr 2024 i. H. v. 800 EUR werden aus dem vorhandenen Referatsbudget getragen.

5. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Verlängerung der Befristung der Stelle keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslöst.

6. Diese Sitzungsvorlage unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates